

Hauspiegel

Informationen Meinungen Hintergründe

SPD



Interview

mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Hubert Selzle



Hohlspiegel:
In der Nachbetrachtung, was hat dich im Kommunalwahlkampf besonders beeindruckt?

Hubert: Vor allem die vielen Gespräche

mit Heroldsberger Bürgern, die hohe Wahlbeteiligung, das besonders gute Abschneiden der SPD in Heroldsberg trotz vieler neuer Kandidat/innen.

Hohlspiegel: Was war für dich die größte Enttäuschung und was die größte Freude?

Hubert: Die größte Enttäuschung ist, dass die SPD, obwohl stärkste Partei im neuen Gemeinderat, trotz Gesprächsbereitschaft komplett bei den stellvertretenden Bürgermeisterposten außen vor blieb. Erfreut hat mich, dass wir zwei junge Gemeinderäte in den Rat gebracht haben, 24 und 28 Jahre alt, und mein persönliches Wahlergebnis.

Hohlspiegel: Wie bewertest du das Kommunalwahlergebnis in Heroldsberg?

Hubert: Die sehr hohe Wahlbeteiligung in Heroldsberg ist sicher keine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist das völlige Ignorieren des Wählerwillens, allein um des Machterhalts willen, kontraproduktiv. Dies kann sich zukünftig auf die Wahlbeteiligung auswirken und der Anteil der Nichtwähler könnte stark ansteigen.

Hohlspiegel: Wie hast du den Beginn der neuen MGR-Periode erlebt?

Hubert: Alle sind um Harmonie zum Wohle der Gemeinde bemüht.

Hohlspiegel: Wie siehst du die

nächsten Wochen und Monate im MGR?

Hubert: Ich gehe sie positiv an, da es um die Zukunft der Gemeinde geht und das auch im Vordergrund stehen muss.

Hohlspiegel: Welche langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten siehst du für Heroldsberg?

Hubert: Die Gemeinde steht gut da, zehrt aber noch von den richtungsweisenden Entscheidungen aus Zeiten Melitta Schöns und hat dadurch (noch) eine gute Perspektive. Defizite gibt es im Bereich „bezahlbares Wohnen“. Bei den Gewerbeansiedlungen müssen vorhandene kleinere Flächen genutzt werden. Langfristig kommt für mich ein Gebiet im Bereich der Planungstrasse Nordspange in Frage.

Hohlspiegel: Wie lässt sich die Arbeit in der Fraktion an und wie sieht die Zusammenarbeit im MGR insgesamt aus?

Hubert: Unsere stark verjüngte Fraktion ist sehr lebendig und arbeitet trotz der Enttäuschung nach der Wahl konstruktiv in der Gemeindepolitik mit.

Hohlspiegel: Welche Ziele habt ihr euch gesteckt und wie wollt ihr sie erreichen?

Hubert: Unsere Ziele sind Verbesserungen beim Wohnungsbau und Straßenunterhalt, der Neubau einer Zweifachturnhalle und der Erhalt des hohen Levels bei der Kinderbetreuung. Erreichen wollen wir das durch eine bessere Beteiligung der Bevölkerung.

Hohlspiegel: Wir danken für das Gespräch und wünschen viel Erfolg.

Unsere Neuen: Steffi und Daniel



Liebe Hohlspiegel-Leser, wir die „neuen jungen“ Gemeinderäte haben uns in den ersten acht Monaten bereits gut eingelebt. Unsere neuen Aufgaben und Verpflichtungen forderten uns vom ersten Tag an, dennoch kommen wir schon jetzt sehr gut damit zurecht. Zwar ist es anfangs nicht immer einfach gewesen aber wir konnten bisher, und können dies auch in Zukunft, ausnahmslos auf die Unterstützung der „alten Hasen“ im Gemeinderat zählen.

Auf der Klausurtagung 2014 hatten wir die Möglichkeit, die Mitglieder des aktuellen Gemeinderates und Teile der Verwaltung näher kennen zu lernen und zu allen sehr gute Kontakte zu knüpfen. Bei konstruktiven Gesprächen und Gruppenarbeiten konnten wir viel über vergangene Projekte und deren Zusammenhänge sowie aktuelle und

zukünftige Aufgaben erfahren. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass wir von unseren Kollegen gut aufgenommen wurden und die Meinung der jungen Generation geschätzt wird.

Alles in Allem empfinden wir die Arbeit im Marktgemeinderat als sehr interessant, fordernd und durchaus angenehm. Eine tolle Runde, in der jeder seine Meinungen und Erfahrungen einbringen kann und Diskussionen doch in den meisten Fällen zielstrebig und konstruktiv verlaufen und zum Erfolg führen.

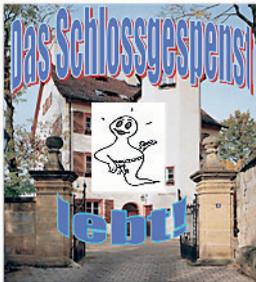
Wir freuen uns auf die nächsten Jahre unserer Amtszeit und hoffen, dass wir auch weiterhin mit dem nötigen Feingefühl zum Wohle der Allgemeinheit beitragen können.

Weißes Schloss

muss in gemeindlicher Verantwortung bleiben.

Es war ein langer und schwieriger Prozess. Letztendlich hat die Mehrheit im Marktgemeinderat darüber entschieden, die Sanierung in der nun erfolgenden Form durchzuführen. Letztendlich hat aber auch die kritische Haltung der SPD-Fraktion zum Projekt in letzter Konsequenz dazu geführt, dass ein weit größerer Teil der Investitionssumme aus überörtlichen Zuschüssen kommt. Insgesamt wird hier sehr viel Geld und zwar fast ausschließlich Geld aus den Steuern der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. D. h. aber auch, dass diese Investition einem möglichst großen Kreis zu gute kommen muss. Das bedeutet aber auch, dass nicht ein einzelner Verein in diesem Millionenprojekt das Sagen haben darf, sondern die ganze Gemeinde.

Das Nutzungskonzept bedarf einer breiten Basis. Dabei müssen alle Beteiligte wie Marktgemeinde, Marktgemeinderat, Vereine und Organisationen ihren Beitrag leisten (dürfen). Natürlich soll ein Teil des Gebäudes für museale Zwecke genutzt werden – durchaus in der Ver-



antwortung der Kulturfreunde Heroldsbergs. Ein weitaus größerer Teil jedoch muss allen in Heroldsberg zur Verfügung stehen Sei es für Veranstaltungen,

Feste, Ausstellungen oder auch private Feiern wie z. B. Hochzeiten. Eine solche Nutzung – fair und für alle zu gleichen Bedingungen kann nur die Gemeindeverwaltung gewährleisten. Schließlich

hat Heroldsberg ja schon ein gut funktionierendes Event-Management.

Vorstellbar wäre die Gründung eines Verwaltungsrates, bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung, Marktgemeinderat und Vereinen/Organisationen, welcher das Nutzungskonzept in letzter Verantwortung trägt. In diese Aufgabe einbezogen werden sollte auch ein Gesamtnutzungskonzept für alle zur Verfügung stehenden gemeindlichen Veranstaltungsräume.

Nur wenn sich eine große Mehrheit in der Bevölkerung bei diesem Projekt mitgenommen fühlt, wird es auch erfolgreich weiter und zu Ende geführt werden können. Die Kosten-Risiken für die Sanierung sind schon jetzt sehr hoch. Zusätzliche Kosten in nicht unerheblicher Höhe für Außenanlagen und Nebengebäude sind noch gar nicht in der Planung enthalten. Sollte das Gesamtprojekt im Sinne aller oder jedenfalls der meisten in Heroldsberg realisiert werden, bedarf es mehr als ein „Augen zu und durch“. Hier muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Sollte die Marktgemeinde hier einem einzelnen Verein die Verantwortung übertragen und dazu noch die Kosten für das jährliche Defizit übernehmen (im Gespräch sind mindestens 15.000 € jährlich) würde das die Akzeptanz des ganzen nicht nur in Frage stellen, sondern den Ort zutiefst spalten. Hier ein einzelner Verein – dort der Großteil der Bevölkerung. Dem Marktgemeinderat wünschen wir bei seiner Entscheidung Weisheit und Unabhängigkeit.

Fritz Müller

MdB Martina Stamm-Fibich

Im September 2013 betrat Martina Stamm-Fibich berufliches Neuland.

Die freigestellte Betriebsrätin der Siemens AG schaffte über die Landesliste Bayern erstmals den Einzug in den Deutschen Bundestag. Viel Zeit zur Eingewöhnung blieb nicht. Als ordentliches Mitglied im Gesundheits- und Petitionsausschuss ist die 49-Jährige im Gegensatz zu anderen Kollegen gleich in zwei wichtigen Gremien vertreten. „Die Arbeit ist anspruchsvoll, bereitet mir aber sehr viel Freude“, sagt die Möhrendorferin. Die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU in der großen Koalition sei naturgemäß nicht immer frei von Konflikten, die Ergebnisse könnten sich nach einem Jahr GroKo aber sehen lassen:

„Dank der Hartnäckigkeit der SPD haben wir den flächendeckenden Mindestlohn eingeführt, die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht, das Pflegestärkungsgesetz verabschiedet und auch beim Bafög für eine verbesserte Situation bei den Studierenden gesorgt.“

Im Gesundheitsausschuss ist Martina Stamm-Fibich für die SPD Berichterstatterin für Kinder- und Jugendmedizin, Arzneimittel, Medizinprodukte und Organspenden. Zuletzt setzte sich die 49-Jährige für die Freigabe der Pille danach ein. „Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission über die rezeptfreie Abgabe der sogenannten „Pille danach“ ellaOne® hat das Bundesgesundheitsministerium die Entlassung beider Wirkstoffe aus der Rezeptpflicht zügig vorangetrieben“, erklärt Stamm-Fibich. Das nächste Ziel ist die Kostenerstattung für Frauen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr. „Es lohnt sich für seine Ziele zu kämpfen“, erklärt Stamm-Fibich, die die sitzungsfreien



Wochen nutzt, um im Wahlkreis viele Termine wahrzunehmen. „Der Kontakt zur Basis ist ein entscheidender Teil meiner Arbeit. Ich nehme die Ergebnisse der Gespräche mit den Bürgern als Auftrag mit nach Berlin“, erklärt sie. Neben ihrem Wahlkreis Erlangen/Erlangen-Höchstadt ist die SPD-Politikerin zusammen mit der Nürnberger Abgeordneten Gabriela Heinrich zudem Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Roth/Nürnberger Land.

Programmatische Ziele

der Heroldsberger SPD in der Periode 2014 – 2020

Erweiterung der Sporthallenkapazitäten

Der von der SPD geforderte Hallenneubau in Heroldsberg ist auch im aktuellen Finanzplanentwurf 2015 – 2017 nicht enthalten. Die Situation im Hallensportbereich hat sich in diesem Jahr durch die notwendige Sanierungsmaßnahme der Mehrzweckhalle zugespitzt. So gibt es und wird es vor Ort keine Ersatzmöglichkeit durch eine Ausweichhalle geben. Die Sanierungsmaßnahme verzögert sich um 3 Monate, was die Situation weiter verschärft. Dies zeigt deutlich, dass unsere Gemeinde mit einer Größe von inzwischen 8.500 Einwohnern mit einer Dreifachhalle, welche für viele Zwecke genutzt wird und einer kurz vor der Baufälligkeit stehenden Einfachturnhalle den Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Ein gutes Sportangebot vor Ort ist deshalb auch besonders wichtig, um unseren Kindern Möglichkeiten aufzuzeigen, Spaß und Freude außerhalb der uns prägenden Medienwelt zu haben. Die vorhandenen Hallenkapazitäten reichen nicht aus, Leistungssport im Hallenbereich zu betreiben, da um jede Hallenzeitminute gekämpft werden muss. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine Mehrzweckhalle handelt, die auch anderen zur Verfügung stehen muss.

Die aufgezeigten Gründe machen deutlich, dass jetzt endlich mit der Planung einer Zweifachturnhalle begonnen werden muss. Ein Standort und eine solide Finanzierungsmöglichkeit müssen gefunden werden, damit das Projekt in dieser Legislaturperiode bis 2020 realisiert werden kann.



Bezahlbares Wohnen Bauland- und Baupreise haben in Heroldsberg exorbitante Höhen erreicht. Dabei fehlen vor allem günstiger Wohnraum für Familien und kleinere Wohnungen für die stark anwachsende Zahl der Singlehaushalte. Der Geschosswohnungsbau ist fast gänzlich zum Erliegen gekommen. Zeit um Initiative zu zeigen. Durch eine intelligente, vorausschauende Planung kann die Marktgemeinde hier die Situation verbessern. Die Gemeinde muss sich die Grundstücke vor Baugebietsausweisungen sichern und ökologischen Wohnungsbau sowie Geschosswohnungsbau priorisieren. Neue Wege gehen bei der Bauleitplanung, Autos raus aus neuen Wohngebieten (soweit möglich), den Grundstücksverbrauch für Straßenflächen, etc. so gering wie möglich halten, um unnützen Flächenfraß zu minimieren. Unsere schöne Landschaft nachhaltig weiter entwickeln, muss das Ziel all unseren Handelns sein. Es wird Zeit, hier parteiübergreifend tätig zu werden, um Wohnen in Heroldsberg wieder bezahlbar zu machen.

Nordspange

Nachdem sie vom Straßenbauamt Nürnberg informiert wurden, soll die Marktgemeinde über die Fortführung der Planungen hinsichtlich ortsnaher Trassenführungen bei der Ortsumgehung Staatsstraße ST 2234 (Nordspange) entscheiden. Durch diese „Umgehung“ soll hauptsächlich der Kalchreuther Weg sowie die Ortsdurchfahrt entlastet werden. Ursprünglich ging man von ca. 7.500 Fahrzeugbewegungen am Tag aus. Mittlerweile sind es nach Aussage des Straßenbauamts Nürnberg im Kalchreuther Weg 10.500 Fahrzeugbewegungen.

Ursprünglich war geplant, einen Kreisverkehr auf Höhe von Schwan Stabilo anzulegen und den Verkehr von dort hinüber auf die B2 zu führen. Diese sog. ortsferne Trasse musste aber auf Grund einer Erhebung zur Fauna aus dem Jahr 2013 verworfen werden. Dabei wurde festgestellt, dass Rebhühnerpopulationen und eine seltene Schmetterlingsart betroffen wären. Dies führte zu Überlegungen einer ortsnahen Umgehung. Die soll jetzt in Höhe des Schleifwegs abgehen und hinter dem Friedhof zur B 2 geführt werden. Unserer (SPD-) Ansicht nach kommt das nicht in Frage. Je näher die Straße zum Ort kommt, desto weniger wird sie genutzt. Die Verkehrsbelastung würde bleiben und viel Geld für eine „Lösung“ ausgegeben, welche keine ist. Viel besser für den einheimischen Einzelhandel und die Anwohner des Kalchreuther Wegs wären verkehrstechnische Maßnahmen, um den Verkehr zu beruhigen und zu verlangsamen. Letztendlich kann die SPD-Fraktion die Situation noch nicht

Einwurf

von Michael Hermann

Von der Schule in die Schule

Das HDJ schließt für immer seine Türen.

- Doch was machen jetzt die Jugendlichen?
- Auf der Straße rum hängen?
- Zu Haus bleiben, TV glotzen oder Computer spielen?
- Nein, das geht nicht.
- Also lautet die Devise: Von der Schule in die Schule.

Anstelle des HDJ öffnet jetzt ein neuer Jugendtreff seine Pforten.

Dieser wird in der Grundschule Heroldsberg seine Räumlichkeiten für die Kids bieten.

Ob das gut geht?

Wir hoffen es und wünschen dem neuen Betreuer viel Erfolg und hoffen, dass die Jugendlichen sich dort gerne treffen werden und sich auch selbst einbringen.

abschließend beurteilen. Deshalb sollen weitere Trassierungsmöglichkeiten durch das Straßenbauamt geprüft werden

Hubert Selzle

Zuwanderung ist gut.

Der kürzlich vorgestellte Migrationsbericht 2013 zeigt: Viele Ängste vor Einwanderung sind unbegründet. Die meisten Menschen kommen aus der EU und sind hervorragend ausgebildet.

Im letzten Jahr haben rund 200.000 Flüchtlinge in Deutschland Schutz gesucht und Asyl beantragt. Die meisten dieser Menschen stammen aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens. Darunter sind viele Kinder. Sie haben im Krieg Angehörige und Freunde verloren, ihre Häuser wurden zerstört, ihre Heimat ist auf lange Zeit unbewohnbar. Auch gegen diese schwer traumatisierten und hilfebedürftigen Menschen richten sich die Demonstrationen fremdenfeindlicher Initiativen wie Pegida in Dresden. Die Initiatoren der Proteste stammen vorwiegend aus der rechtspopulistischen Szene, inzwischen stoßen aber auch immer mehr Rechtsradikale und Neonazis dazu. Sie versuchen, mit feindlichen Parolen und Hass in der Mitte der Gesellschaft Fuß zu fassen. Gleichzeitig schüren sie diffuse Ängste vor angeblicher Überfremdung, einer drohenden „Islamisierung“ der Gesellschaft und wirtschaftlichem Abstieg infolge verstärkter Zuwanderung.

Migration sichert unsere wirtschaftliche Stärke. Die Fakten sprechen hingegen eine andere Sprache. Weder droht eine ‚Islamisierung‘ der Gesellschaft, noch nehmen Migrantinnen und Migranten den Deutschen Arbeitsplätze weg. Im Gegenteil: Zuwanderung trägt in hohem Maße zu Deutschlands wirtschaftlicher Stärke bei. Migrantinnen und Migranten arbeiten in vielen Bereichen, in denen deutsche Fachkräfte fehlen, zahlen Steuern und Sozialbeiträge

und sorgen damit auch für ein stabiles Rentensystem. 2013 sind 1,23 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. Gleichzeitig haben 798.000 Menschen das Land verlassen. Dies ergibt einen Bevölkerungszuwachs von rund 430.000 Menschen. Angesichts der negativen demografischen Entwicklung und der zunehmenden Alterung ist Deutschland dringend auf diese Einwandererinnen und Einwanderer angewiesen.

Mehr als drei Viertel der Zuwanderer kommen aus einem europäischen Land – nicht aus muslimisch geprägten Staaten des Nahen Ostens oder Nordafrikas. Die Organisatoren der ausländerfeindlichen Proteste wie Pegida setzen Migration mit einer angeblichen „Islamisierung unseres Abendlandes“ gleich.

Hauptzuwandererland ist seit 1996 mit großem Abstand Polen; es folgen Rumänien und Italien. In die Türkei wandern seit Jahren mehr Menschen aus, als von dort nach Deutschland einwandern; 2013 lag der Saldo bei minus 4.000. Die meisten Migrantinnen und Migranten verfügen überwiegend über gute Qualifikationen und bringen die deutsche Wirtschaft voran.

Migration füllt die deutschen Sozialkassen und Haushalte: Pro Jahr zahlt jeder Ausländer im Schnitt 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben in Deutschland ein, als er an Transferleistungen erhält. Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass haben 2012 insgesamt einen Überschuss von 22 Milliarden Euro erarbeitet.

Politik mit gelähmter Hand

oder 2500 Tage Stillstand

Normalerweise ziehen Politiker nach 100 Tagen eine erste Bilanz. Da dies in Heroldsberg die seit fast 2.500 Tagen Regierenden aus CSU, FW und FDP versäumen, werden wir vom Hohlspiegel dieses Resümee ziehen. Jahrelang starrten sie, wie das Kaninchen auf die Schlange, auf das Weiße Schloss. All ihr Denken und Tun war auf dieses Projekt ausgerichtet. So existiert in Heroldsberg seit 7 Jahren keinerlei Gewerbepolitik. Nicht nur, dass man Gewerbegebiete nicht ausweist, man kümmert sich auch nicht um die vorhandenen wenigen Flächen. Und hat man dann mal ein paar qm zur Verfügung, will man sie diesen unsäglichen Discountermärkten zuschanzen. Wenn sich neue Betriebe ansiedeln wollen, dauert die Umsetzung viele Jahre. Die eigentliche Zielgruppe konservativer und marktliberaler Wirtschaftspolitik, der Mittelstand mit seinen Gewerbetreibenden, scheint nicht zu existieren. Öffentlicher Nahverkehr ist nicht nur die Gräfenbergbahn (welche man vor vielen Jahren auch noch bekämpft hat). Intelligente Zubringersysteme? Keine Ideen dazu.

Bezeichnend auch das Herumgeiere bei der sog. Nordspange. Trotz Gräfenbergbahn und Umgehung hat der Ort täglich bis zu 10.000 Fahrzeugbewegungen zu verkraften. Die sog. Nordspange ist seit vielen Jahren in Dringlichkeitsstufe 1 und nichts passiert. So ist das halt, wenn Mobilität bezeichnenderweise von einer einzelnen Immobilie blockiert wird. Der Zustand der Ortsstraßen lässt einem die Tränen in die Augen steigen. Pflege- und Ausbesserungsarbeiten sind hier aus dem Gemeindegeldbeutel zu bezahlen, lässt man die Straßen jedoch völlig verkommen, müssen sie saniert werden.

Das wiederum ist nun wieder bis zu 90 % von den Anwohnern zu bezahlen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Ein weiteres Thema ist die Wohnbauentwicklung. Von Entwicklung kann hier überhaupt keine Rede sein. Wursteln und Flickeln ist wohl die richtige Bezeichnung. Keine Konzepte für Familien, keine Konzepte für ältere Menschen, keine Konzepte für junge Menschen. Dafür wird Villa um Villa gebaut. Für die Struktur des Ortes schlicht und ergreifend eine Katastrophe, wobei Katastrophe der falsche Ausdruck ist. Man begibt sich sehenden Auges in dieses Dilemma. Und Katastrophe ist ja eher ein plötzlich hereinbrechendes Ereignis.

Sicher hat sich in den letzten 7 Jahren auch etwas getan. Wir dürfen an die gute Situation bei den Kinderbetreuungseinrichtungen erinnern. Doch wem haben sie es zu verdanken? Richtig, der SPD-Fraktion im Marktgemeinderat. Sie hat immer wieder den Finger in die Wunde gelegt. Und nachdem man nach vielen Provisorien (wir dürfen auf die Containerburgen hinweisen, welche der Gemeinde viel Geld gekostet haben und ausschließlich der Gemeinde) endlich den benötigten Kindergarten baute, konnte man kurz vor Torschluss gerade noch die hohen Zuschüsse dafür genehmigt bekommen. So gäbe es noch viele Beispiele mit immer dem gleichen Ablauf. Ohne die SPD als Treiber einiger Projekte wäre in Heroldsberg noch viel weniger geschehen. Politik mit ruhiger Hand ist vorausschauend, antizipiert zukünftige Entwicklungen. Eine Politik der gelähmten Hand bedeutet Agonie.

Wir sagen, es reicht jetzt!

Jens Köhler und Fritz Müller

Liebe Heroldsbergerinnen und Heroldsberger,



bei der Landtagswahl letztes Jahr wurde ich für Erlangen-Höchstadt in den Landtag gewählt. Hierzu haben auch zahlreiche

Zweitstimmen aus Heroldsberg beigetragen. Dafür ganz herzlichen Dank. Als Betreuungsstimmkreis habe ich die Stadt Erlangen mit den Kommunen Heroldsberg und Möhrendorf. Im Landtag gehöre ich dem Ausschuss für Recht, Verfassung und Parlamentsfragen sowie dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden (sog. Petitionsausschuss) an. An den Petitionsausschuss können sich Bürger wenden, wenn sie mit Entscheidungen von Behörden nicht einverstanden sind. Hier finden sich die unterschiedlichsten Themenbereiche. Gerade im Bereich der Asylproblematik ist es mir gelungen, für die Weiterleitung von Fällen an die Härtefallkommission zu sorgen, die im Einzelfall entscheiden kann, dass bei Härtefällen von der Abschiebung be-

troffene Menschen doch in Deutschland bleiben können.

Im Rechtsausschuss setze ich mich unter anderem dafür ein, dass die Möglichkeit der Einführung von Volksbefragungen geprüft wird. Daneben arbeite ich für die Wiedereinführung des Buß- und Bettags als gesetzlichen Feiertag. Seit kurzem bin ich darüber hinaus Mitglied im Untersuchungsausschuss „Modellbau“, der sich mit der Untersuchung der Modellauto-Affäre um Christine Haderthauer (CSU) befasst.

Herzliche Grüße
Ihre
Alexandra Hiersemann

Kontakt:
Bürgerbüro
August Bebel Haus
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131/81265-44
Mail:
Alexandra.hiersemann.sk@
bayernspd-landtag.de



Die SPD-Landtagsfraktion der SPD-Bayerns

Kaufkraft im Ortskern behalten –

keine weiteren Supermärkte auf der grünen Wiese

Es war viel Geld, was die Marktgemeinde in die Hände genommen hat. Die Rede ist von der Umstrukturierung der Heroldsberger Hauptstraße von einer hoch verkehrsbelasteten Bundesstraße hin zu einer verkehrsberuhigten Einkaufsstraße. Damals wurde dem Heroldsberger Einzelhandel viel zugemutet. Seitdem ist viel passiert. Das Bürgerzentrum wurde gebaut, ein großes Wohngebiet geschaffen (Sunny Side) und Verbrauchermärkte innerorts angesiedelt, welche sich als „Publikumsmagnete“ entwickelten.

Überlegungen, zusätzliche Einkaufsmöglichkeiten an den Ortsrändern zu schaffen, wären kontraproduktiv zur bisherigen Ortsentwicklung. Wir wollen nicht, dass unser Ortskern ausblutet. Wir wollen, dass unsere Hauptstraße als „Einkaufsmeile“ nicht nur erhalten bleibt, sondern weiter ausgebaut wird.

Wir wollen ein lebendiges Heroldsberg mit vielen Angeboten – auch im Einzelhandel. Vorstellbar wären neben weiteren Geschäften Wochenmärkte und Angebote von Direktvermarktern. Auch das gastronomische Angebot sollte ergänzt werden. Zusätzlich sollen neue Angebote für ältere Menschen diese in ihrer Lebensweise unterstützen. D. h. Verbesserung des innerörtlichen ÖPNV, Taxidienste, aber auch ehrenamtliche Aktionen, welche die gut nachbarschaftlichen Verhältnisse verbessern sollen. Hier gibt es ja bereits ein paar sehr gute Ansätze.

Wichtig für die Zukunft des „lebendigen Heroldsbergs“ wird sein, Geschäfte zu etablieren, welche Kunden

binden, aber auch neue Kunden anlocken. Dabei muss der zusätzliche Verkehr kompensiert werden durch wegfallende Fahrten nach außerhalb (hauptsächlich Nürnberg).

Es ist an der Zeit, einmal mehr eine Untersuchung der Struktur Heroldsbergs in Auftrag zu geben. Die letzte Untersuchung dieser Art liegt ja schon mehr als 10 Jahre zurück. Auch ließ die Umsetzung der Empfehlungen sehr zu wünschen übrig. Man kann die Entwicklung des Ortes nicht immer mit Hinweisen abtun, „man könne da ja sowieso nichts machen“. Die Entwicklung Heroldsbergs braucht eine vorausschauende Baulandpolitik, eine übersichtliche Verkehrspolitik und eine bedürfnisorientierte Strukturpolitik. Heroldsberg braucht ein Leitbild, welches all das berücksichtigt. Und dann natürlich die konsequente Umsetzung solcher Ziele.

Was Heroldsberg nicht braucht, sind weitere Supermärkte von Discountern auf der grünen Wiese. Auch deshalb sollte mit dem knappen Angebot an bebaubarer Fläche sorgsam und vorausschauend umgegangen werden. Schließlich wollen auch unsere Enkel noch eine lebenswerte Umgebung bei uns vorfinden.

Fritz Müller

Impressum:

SPD Ortsverein Heroldsberg
Vors. Fritz Müller
Kleingeschaidt 11
90562 Heroldsberg
www.spd-heroldsberg.de
Email: fritz.mueller.hero@t-online.e

Stadt-Umlandbahn (StUB)

von Fritz Müller

Da haben wir es wieder – das Kirchturm-denken. Und wieder einmal propagiert durch die Freien Wähler. Aus tiefer Frustration heraus – sah man sich doch bereits am Ziel mit einem FW-Landrat. Und dann die große Enttäuschung: es bleibt die harte Oppositionsbank. Nicht einmal ein stellvertretender Landrat. Da möchte man doch schnell mal den anderen eins auswischen. Initiiert ein Kreisbegehren gegen die Stadt-Umlandbahn, will nicht einmal wissen, was alles kostet. Nur aus diesem Grund wurde der Zweckverband gegründet. Es sollen vernünftige Planungen her, welche die Kosten für alle im Landkreis transparent machen. Aber die FW wollen das nicht. Sie wollen schmolten und den anderen Knüppel zwischen die Beine werfen.

Aber nun zu den Fakten:

Bauzeit: 2015 – 2019
 Baukosten: 319,4 Mio. Euro
 Planung: 45,6 Mio. Euro
 Gesamt: 365,0 Mio. Euro
 Preisstand 2006,
 zzgl. 2,5 % jährliche Inflationsrate

Forderung an Gesetzgeber:

Förderung 60 % (Bund) + 30 %
 (Freistaat Bayern) auf sämtliche – auch auf nicht selbständige – Trassenteile

Umlageschlüssel Planung und Bau

Stadt Erlangen	59,96 %
Landkreis ERH	23,39 %
Stadt Nürnberg	16,65 %

Grundlage: Aufteilung aller nicht durch Fördermittel gedeckten Kosten nach dem strengen Territorialprinzip

Kosten StUB T-Netz

(Planung und Bau Preisstand 2006 zzgl.

2,5 % jährliche Inflationsrate für Bauzeit bis 2019 = Förderantrag GVFG)

Gesamtkosten:	365,0 Mio. Euro
Förderung:	227,8 Mio. Euro
Kommunalanteil:	137,2 Mio. Euro
davon Stadt Erlangen:	82,2 Mio. Euro
Landkreis ERH:	32,1 Mio. Euro
Stadt Nürnberg:	22,9 Mio. Euro

Kosten Planung und Bau Landkreis ERH

(Freiwilliger Zuschuss der Stadt Herzogenaurach in Höhe von 10 Mio Euro zzgl. Inflationsrate 2,2 %)
 Gesamtkosten 32,1 Mio. Euro
 davon Stadt H'aurach 10,0 Mio. Euro,
 Eigenmittel ERH 22,1 Mio. Euro

Kosten Planung (bis Förderantrag)

Gesamtkosten:	25 Mio. Euro
davon Stadt Erlangen:	15,0 Mio. Euro
Landkreis ERH:	5,8 Mio. Euro
Stadt Nürnberg:	4,2 Mio. Euro

Planungskosten ERH (bis Förderantrag)
 Gesamtkosten: 5,8 Mio. Euro
 davon Stadt H'aurach: 3,0 Mio. Euro
 Eigenmittel ERH: 2,8 Mio. Euro

Finanzierungskosten ERH

Basis: Annuitätendarlehen mit 5 % Zins und Tilgung 2 % (Laufzeit ca. 25 Jahre)
 Planung, Bau 22,1 Mio. Euro entspricht Zins/Tilgung p.a. 1,5 Mio. Euro.
 Die Zinssätze für Kommunalkredite liegen z. Zt. bei ca. 1 %. Förderkredite (z.B. BayernLabo) sind noch günstiger.
 In diesem Falle liegt die Belastung unter 1 Mio. Euro p.a.

Wir brauchen verlässliche Zahlen. Diese können nur durch den Zweckverband erarbeitet werden. Stimmen Sie am 19. April für das Ratsbegehren und den Beitritt zum Zweckverband.